

## Besprechungen

*Gerhard Schulz: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Band I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919—1930. Berlin 1963. Walter de Gruyter & Co. 678 S.*

Der Verfasser ist schon mit einer größeren Anzahl von Arbeiten auf dem Gebiet der Politischen Wissenschaft hervorgetreten. Diese Wissenschaft befaßt sich mit den Formen der Herrschaft, der Ordnung der staatlichen Gesellschaft und mit den Kräften, die die Herrschaft und ihre Formen gestalten. Kräfte und Formen sind aber historische Fakten. Dadurch hängen Politische Wissenschaft und Geschichte eng miteinander zusammen. Dieser Zusammenhang wird auch in dem Buch von Gerhard Schulz deutlich. Er stellt deshalb mit Recht ein einleitendes Kapitel über Geschichtsverständnis und politische Begriffsbildung an den Anfang. Der entscheidende Begriff ist der der Verfassungspolitik. Er sucht „jene politischen Ziele, Pläne und Methoden zu erfassen, zu wägen und zu untersuchen, die die Macht des Faktischen mit dem Normativen der Verfassung in Einklang bringen sollen“. So wird also einmal die „normative Kraft“ der Weimarer Verfassung in den Jahren 1919—1930 untersucht und dann dargestellt, wie sich der damalige Verfassungsstaat unter dem Einfluß der pluralistischen Gesellschaft und der sich aus ihr ergebenden Kräfte und Machtverhältnisse geformt und gestaltet hat, und inwieweit die Verfassung hinter den Anforderungen der Zeit zurückgeblieben ist.

Die Quellen, aus denen der Verfasser schöpft, sind einmal die vorhandene Literatur und vor allem aber — und das ist das Neue und wissenschaftlich Bedeutsame an seinem Buch — die Akten der ehemaligen Reichskanzlei und des früheren Preußischen Staatsministeriums.

Als politischer Wissenschaftler geht Schulz den damals wirksamen gesellschaftlichen und politischen Kräften nach. Diese Kräfte manifestieren sich wieder im Handeln bestimmter Persönlichkeiten und im Wirken bestimmter Institutionen. Die Persönlichkeiten vertreten bestimmte Gruppen und bestimmte Ideologien. Die Darstellung dieser Zusammenhänge ist außerordentlich lebendig und realistisch; Kräfte und Gruppen treten deutlich zutage, und die komplizierten Verhältnisse der pluralistischen Gesellschaft in der Weimarer Republik werden entflochten und übersichtlich gemacht. Dabei wird für den Ver-

fasser das Preußische Problem zum Schlüsselproblem, dessen Lösung die systematische Inangriffnahme der übrigen Probleme erst ermöglicht. Die Macht Preußens als des größten einheitlich verwalteten Territoriums innerhalb des Reiches, das zudem über die stärkste Wirtschafts- und Steuerkraft und über ein homogenes, erstklassiges Beamtentum verfügte, konnte nicht ausgeschaltet werden, solange Preußen in seiner Einheit erhalten blieb. So liest man bei Schulz, wie an diesem Problem der Existenz Preußens die große Auseinandersetzung zwischen den mehr von einer rationalistischen, aber oft dogmatischen Betrachtung geleiteten politischen Kräften und den mehr emotional und traditionalistisch orientierten Gewalten einsetzt. Zur ersten Gruppe gehören vor allem Hugo Preuss, Matthias Erzberger sowie Erich Koch-Weser, die sich von der Vergangenheit lösen und ein im wesentlichen unitarisches Reich schaffen wollen, während in der anderen Gruppe in erster Linie die bayrischen Vertreter, der der Sozialdemokratie angehörende preußische Ministerpräsident Braun sowie die Abgeordneten der Rechtsparteien am Traditionalismus festhalten. Beide Gruppen waren nicht homogen, und das erschwerte die Entscheidung, ob die Struktur des Reiches sich mehr nach der unitarischen oder nach der föderalistischen Seite hin entwickeln sollte.

Die daraus sich ergebenden Probleme werden in drei Teilen dargestellt. Der erste Teil schildert, wie die Weimarer Republik und ihre Verfassung entstanden ist. Der zweite Teil ist dann schon ganz von den Problemen der Verfassungspolitik beherrscht, als es sich darum handelte, Konflikte um den weiteren Ausbau des Reiches und um seine Zuständigkeit den Ländern gegenüber zwischen dem Reich auf der einen Seite und Preußen und Bayern auf der anderen Seite zu lösen. Schulz weist mit Nachdruck darauf hin, wie die Gefahr im Laufe der zwanziger Jahre immer größer wurde, daß das Reich von den „einzelnen Länderregierungen auseinanderregiert wird“. Eine Reichsreform wurde unvermeidbar, und mit den vorbereitenden Schritten dazu beschäftigt sich der dritte Teil. Im Mittelpunkt stehen die Verhandlungen der Anfang 1928 nach Berlin einberufenen Länderkonferenz, die über das künftige Verhältnis von Reich und Ländern beraten soll. Aber diese Konferenz kam zu keinem Ergebnis, da der Widerstand Preußens und Bayerns gegen eine Reichsreform nicht zu überwinden war.

Damit schließt der erste Band. Der zweite noch ausstehende Band soll die Verfassungspolitik unter dem präsidentialen Regiment und dem Übergang zur Diktatur schildern. Der vorliegende erste Band ist jedenfalls ein wohl gelungenes Werk. Es ermöglicht uns, erheblich tiefer und auch sachlicher die Entwicklung in der Weimarer Republik zu sehen und zu verstehen. Die Erwartung ist wohl gerechtfertigt, daß der zweite Band dem ersten nicht nachstehen wird.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

*Hans Albert* (Hrsg.): Theorie und Realität. Ausgewählte Aufsätze zur Wissenschaftslehre der Sozialwissenschaften. (Einheit der Gesell-

schaftswissenschaften. Studien in den Grenzbereichen der Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften Bd. 2.) Tübingen 1964. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 366 S.

Das vorliegende Werk ist eine Sammlung von Aufsätzen inländischer und ausländischer Sozialökonomien zur „Problematik der Theoriebildung in den Realwissenschaften im allgemeinen und insbesondere in den Sozialwissenschaften“. Verfasser der in sechs Abschnitte gegliederten Aufsätze sind Karl R. *Popper*, Andrzej *Malewski*, Robert K. *Merton*, Emile *Grunberg*, Ernest *Nagel*, Jürgen v. *Kempski*, Oskar *Morgenstern* u. a. Der Herausgeber, Hans Albert, ist mit einem instruktiven Beitrag über „Probleme der Theoriebildung, Entwicklung, Struktur und Anwendung sozialwissenschaftlicher Theorien“ beteiligt. Die Aufsätze bieten jedem etwas, so wie es der Herausgeber bei ihrer Auswahl beabsichtigt hat. Er wendet sich mit Recht gegen die in der modernen Wirtschaftstheorie geradezu „gezüchtete Idee der absoluten Eigenart und Eigenständigkeit ökonomischer Probleme und Problemlösungen“ (S. 11). Selbst der sach- und fachkundige Leser aber dürfte im Hinblick auf die Ausführungen von Albert, wie von einigen anderen Autoren, bedauern, daß sie so schwer lesbar schreiben. Es gehört schon einiges Nachdenken dazu, um z. B. den Sinn dieses Satzes zu erfassen: „Unter einer Theorie ist üblicherweise eine Menge (System) durch Ableitbarkeitsbeziehungen miteinander verbundener nomologischer Hypothesen zu verstehen, die im Grenzfall aus der Menge aller Folgerungen aus einer nomologischen Hypothese (wozu ja diese Hypothese selbst auch gehört) bestehen kann“ (S. 27).

Es würde zu weit führen, jeden Beitrag inhaltlich kurz zu skizzieren und hierzu Stellung zu nehmen. In gewissem Sinne ergänzen sich die Aufsätze, so z. B. in der Kennzeichnung der Theoriebildung. Während Hans Albert an nomologische Aussagen denkt, hat Ernst *Topitsch* in seinem sehr lesenswerten Beitrag „Sozialtheorie und Gesellschaftsgestaltung“ eine deskriptive Theorie vor Augen, „welche soziales Handeln beschreibt, unter Umständen dieses Handeln auch bestimmt“ (S. 307). Es gibt darüber hinaus, wie Ernst *Topitsch* darlegt, „reflexive Sozialtheorien, die von den Menschen, auf die sie sich beziehen, ‚gegläubt‘ werden und die daher in deren Situationsbewußtsein wirksam sind“ (S. 314). Zu den Sozialtheorien mit besonderer Motivationskraft und Motivationsabsicht gehört die Ideologie des Marxismus. *Topitsch* zeigt weiter, wie sich schon in der Alltagssprache ein „geniales Medium menschlicher Orientierung“ herausgebildet hat: „ein Signalsystem, in welchem mit der Nennung eines Gegenstandes zugleich ein Gefühlston und eine Regel gegeben ist, wie man sich zu ihm verhalten solle“ (S. 317).

Jürgen v. *Kempski* dringt auf eine mathematische Formulierung wirtschaftlicher Handlungen. Solche „wird dadurch möglich, daß das wirtschaftliche Handeln gedacht wird als unter solchen Maximen stehend, die erlauben, die in der Beschreibung wirtschaftlicher Situationen auftretenden Namen für Zahlen durch kennzeichnende Funktionen zu ersetzen“ (S. 243). An die Stelle handelnder Menschen treten Grö-

ßen, die zueinander in Beziehung gesetzt werden, wie Gütermengen oder Preise oder Aufwand und Ertrag. Natürlich stehen hinter den „Funktionen zwischen Gütermengen“ Menschen mit einer bestimmten vorausgesetzten Einstellung (Maxime) und einer ebenso vorausgesetzten wirtschaftlichen Situation. — Der Theoretiker darf mit gutem Grund von den wirtschaftenden Personen abstrahieren und sich auf die Verkettung möglicher Relationen zwischen Gütern und Diensten konzentrieren. Solche rationale Theorie wird aber, meinen wir, nicht selten auch als eine Orientierungsgrundlage für die Wirtschaftspraxis mißbraucht.

Das Verhältnis von Theorie und Praxis wird in einer ganzen Reihe von Aufsätzen behandelt. So schreibt James S. *Duesenberry* über „Methods of Testing Aggregate Hypotheses“; der polnische Sozialökonom Oskar *Lange* über die „Kritik der subjektivistischen Ökonomik“; Ralf *Dahrendorf* über „Pfade aus Utopia. Zu einer Neuorientierung der soziologischen Analyse“.

Alles in allem ein interessantes und anregendes, oft auch zu Widerspruch herausforderndes Sammelwerk. Die zahlreichen Literaturhinweise geben dem Leser die Möglichkeit, sich auf dem jeweiligen Sachgebiet weiter und umfassender orientieren zu können.

Herbert Schack, Berlin

*Percy Ernst Schramm*: Neun Generationen. Dreihundert Jahre deutscher „Kulturgeschichte“ im Lichte der Schicksale einer Hamburger Bürgerfamilie (1648—1948). 1. Band Göttingen 1963. 2. Band Göttingen 1964. Vandenhoeck & Ruprecht. 495 u. 653 S.

Percy Ernst Schramm breitet vor uns eine Familiengeschichte von neun Generationen in drei Jahrhunderten aus. Ein fast monumental zu bezeichnendes Werk von über 1100 Seiten ist hier entstanden. In einer längeren Einleitung werden uns Streiflichter auf das protestantische Deutschland nach dem Dreißigjährigen Kriege präsentiert. Der erste Teil (bis zum Ende des 18. Jahrhunderts) führt uns nach Hamburg, in die damals aufsteigende, führende Handelsstadt. Im zweiten Teil geleitet uns der Verfasser in das Hamburg der Jahrhundertwende, bevor und nachdem es okkupiert, belagert und befreit worden war. Der dritte Teil umfaßt die Zeit von 1848 bis zum Ausbruch des Krieges von 1870/71, der vierte Teil die Aufstiegsjahre bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Der fünfte Teil (Vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges bis zur Währungsstabilisierung) weicht insofern von den früheren ab, als er nicht Kulturgeschichte, sondern fast ausschließlich politische Geschichte ist, in erster Linie im Zusammenhang mit dem Leben und Wirken des Vaters des Verfassers, des Hamburger Senators und Bürgermeisters Max Schramm.

Mit großem Geschick führt Schramm den Leser an die Quellen heran und gibt sachkundige Erläuterungen unter jeweiligem Bezug auf die Gesamtgeschichte. So füllt sich der Zeitraum vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis hin zur Währungsreform von 1948. Dort, wo Zeugnisse der Familie Schramm fehlen, werden sie ergänzt durch

nahestehende und verwandte Familien oder auch — so am Anfang — durch völlig Fremde. Trotz dieser Ergänzungen und trotz des langen Zeitraums von drei Jahrhunderten ist das Werk eine Einheit: Familiengeschichte als Testfall der hamburgischen Geschichte und die hamburgische Geschichte als Testfall der deutschen Geschichte. Dabei ergeben sich naturgemäß Divergenzen. Die Geschichte der freien Reichsstadt und späteren Freien Hansestadt Hamburg kann nicht unbedingt als repräsentativ gelten für die deutsche Geschichte, ebenso wenig wie die Geschichte einer Familie der Oberschicht repräsentativ für die Stadtgeschichte sein kann. Während der besondere Charakter Hamburgs innerhalb des deutschen Raumes immer wieder deutlich gemacht wird, fehlt die entsprechende Heraushebung der Familie, weil andere soziale Schichten außer Kaufleuten, Juristen und Geistlichen nicht einmal als Kulisse erscheinen, um der Eigenart der eigenen Sozialschicht weitere Konturen zu geben.

Sehr aufschlußreich ist die Gegenüberstellung der sogenannten Literaturgeschichte der Schreibenden und der sogenannten Literaturgeschichte der Lesenden, aus der Schramm für die betrachtete Gesellschaftsschicht einen Lag nachweist. Es wäre interessant, ob dieser Zeitabstand eine gewisse Konstanz, ob er Erweiterungs- oder Schrumpfungstendenzen aufweist.

Dem Verfasser ist es gelungen, eine spannend zu lesende Kulturgeschichte zu schreiben. Er selbst will diesen Begriff nicht im Sinne etwa von Georg *Steinhausen* verwenden, da in den letzten sechs Jahrzehnten sich die Volkskunde, Rechtsgeschichte, Kirchengeschichte, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte verselbständigt haben. Für Schramm ist die Kulturgeschichte (er setzt sie zunächst noch in Anführungszeichen) eine „Geschichte der ‚Umwelt‘ des Menschen infolge des Wandels im religiösen, geistigen und künstlerischen Bereich einerseits, im wirtschaftlichen, technischen und sozialen Bereich andererseits“ (S. 11). Allerdings, und das muß gesagt werden, vermißt man bei einer Familie der Kaufleute und Juristen eine ausreichende Darstellung des wirtschaftlichen Milieus. Nur gelegentlich wird angedeutet, womit die Schramms handelten; über das Woher und Wohin dieses Warenhandels wird nur wenig ausgesagt. Das rechtliche Milieu ist (vom Verfassungsrecht als Teil der politischen Geschichte abgesehen) völlig ausgespart: man hätte gerne etwas über die privatrechtlichen Verhältnisse und die Aktivität der Advokaten Schramm gehört. Dafür wären die Berichte über Reisen in den Vorderen Orient eher entbehrlich gewesen. Einige Übertragungs- und Druckfehler stören mitunter: *Max Sombart* (S. 5), *Alte Rahmstraße* (S. 413), *Sülldorf* (S. 432). Aber alles das wird mehr als aufgewogen durch die reiche und wohlausgewählte Illustration des Werkes mit Bildern, Vignetten, Wappen, Karten der Familien- und Stadtgeschichte.

Alfred Kruse, Berlin

*Robert L. Heilbroner: Wege zum Wohlstand. Das Wirtschaftsleben in Theorie und Praxis. Übersetzt von Inge Lindt. Gütersloh 1962. Sigbert Mohn Verlag. 320 S.*

Robert L. Heilbroner ist hierzulande durch seine geistvollen und gut lesbaren Bücher bekannt. Auch das vorliegende Buch fesselt den Leser durch überzeugende Gedankenführung und eine interessante, anschauliche Darstellung. Der Verfasser will, wie schon der Titel des Buches besagt, die Wege zum Wohlstand in der Praxis, d. h. in der geschichtlichen und gegenwärtigen Entwicklung, und in der Theorie, d. h. in der gedanklichen Bewältigung der dabei aufgetretenen und auftretenden Wirtschaftsfragen, gemeinverständlich darstellen. Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie müssen in der Tat zusammenkommen, wenn wir das Wirtschaftsleben in seinen Zusammenhängen, seiner Ordnung und Struktur, wie in seinem geschichtlichen Ablauf verstehen und begreifen wollen. „Eine vollständige Synthese von Geschichte und Theorie muß erst geschrieben werden. Dieses Buch dient im besten Fall dazu, den möglichen Wert einer solchen Synthese aufzuzeigen“ (S. 14). Diese Bemerkung gereicht dem Verfasser zur Ehre. Allein sein Buch beweist nicht nur, wie wichtig eine geschichtliche und zugleich theoretische Behandlung der Wirtschaftsprobleme ist. Es ist gerade durch die im Ansatz bewußt vollzogene Synthese von Geschichte und Theorie eine in dieser Art selten gebotene Darstellung von Grundfragen der Volkswirtschaftslehre.

Mit dem Wohlstandsproblem sind wesentliche Wirtschaftsfragen berührt, so die Probleme einer Sozialordnung, in welcher die für den gesellschaftlich notwendigen Bedarf erforderlichen Güter und Dienste bereitgestellt werden; genauer die Probleme der sozialen Institutionen, mit Hilfe derer menschliche Arbeitskräfte für produktive Zwecke mobilisiert sowie Arbeitskräfte und Arbeitsprodukte richtig verteilt werden können. Der Mensch habe drei Wege gefunden, das Produktions- und Verteilungsproblem zu lösen: Innerhalb der Mannigfaltigkeit vergangener und gegenwärtiger Institutionen, die den Wirtschaftsvorgang lenken und formen, lassen sich „drei umfassende Systeme“ (entweder getrennt oder miteinander verbunden) unterscheiden: 1. die auf der Tradition, auf Herkommen, Sitte und Brauch beruhende, an althergebrachten Mitteln und Zwecken festhaltende statische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung; 2. die auf autoritärer Gewalt beruhende, teils statische, teils dynamische Befehlswirtschaft; 3. die sich selbst steuernde Marktwirtschaft.

Der Verfasser zeigt dem Leser in einem fingierten, aufschlußreichen Dialog zwischen einer Delegation einer jungen Nation des afrikanischen Kontinents und einem Vertreter der Marktwirtschaft, wie die gesellschaftliche Organisationsform der Marktwirtschaft die schwierigen Probleme der Produktion und Verteilung löst. Dieser Abschnitt über die Marktwirtschaft (S. 32 ff.) ist besonders lesenswert.

Einer kurzen Darstellung der Zeit vor der Marktwirtschaft, der Wirtschaftsformen der Antike und des Mittelalters folgen längere Kapitel über „Die Entwicklung der Marktgesellschaft“, „Die industrielle Revolution“ und „Die Auswirkungen industrieller Techniken“. Mit der Schilderung der großen Weltkrise und der anschließenden langjährigen Depression leitet der Verfasser über zu einer Darstel-

lung und Erklärung der tiefgreifenden Wandlungen der „kapitalistischen“ Wirtschaft seit der New-Deal-Gesetzgebung in den USA und dem staatlichen Interventionismus in Westeuropa. Der Überblick über „Die gegenwärtige Drift des Wirtschaftsgeschehens“ schließt eine kurze Darstellung und Analyse der marktlosen Wirtschaft der Sowjetunion ein. Man wisse heute, daß auch eine sozialistische Planwirtschaft möglich sei und daß sie in dieser oder jener Beziehung sogar wirksamer funktioniere als eine sich großenteils selbst überlassene Marktwirtschaft.

Heute finden sich in der Welt praktisch alle Stadien wirtschaftlicher Entwicklung: Traditionsgebundene Gesellschaften außerhalb des großen Stromes der Wirtschaftsentwicklung, entwicklungsbedürftige Gesellschaften, die einer Befehlswirtschaft zuneigen, um rascher vorwärtszukommen, dann die totalen Befehlswirtschaften der kommunistisch regierten Welt und schließlich die Marktgesellschaften der westlichen Welt (S. 298). Aus diesem Sachverhalt darf man schließen: „Die Wirtschaftsstrukturen der Völker von heute sind auf ihr jeweiliges Entwicklungsstadium abgestimmt“ (S. 299).

Die letzten Seiten dieses interessanten und aufschlußreichen Buches sind den inneren Problemen und Schwierigkeiten einer sich großenteils selbst steuernden Marktwirtschaft gewidmet. Die Marktwirtschaft ist, wie der Verfasser ganz richtig bemerkt, „nicht imstande, öffentliche Interessen den privatwirtschaftlichen des Markts voranzustellen“ (S. 306). Mit zunehmendem Wohlstand treten jedoch öffentliche Erfordernisse in den Vordergrund: Bildungseinrichtungen, Schulen, die Förderung von Wissenschaft und Kunst, Wohlfahrtseinrichtungen usw. In den modernen Marktgesellschaften müßte also „die Wirtschaftsplanung als korrigierende Kraft“ eingreifen. Man könnte meinen. West und Ost müßten mit der Zeit, auf Grund der funktionalen Erfordernisse ihrer Wirtschaftsordnungen, zusammenkommen. „In fortschrittlichen Marktgesellschaften entsteht Planung, um ihre Zielsetzungsschwierigkeiten auszugleichen. In fortschrittlichen Befehlswirtschaften entsteht der Markt, um ihre Antriebsschwächen auszugleichen. Mit anderen Worten: Im Stadium einer hochentwickelten Konsumgesellschaft schließen Markt und Plan einander nicht aus. Im Gegenteil, sie ergänzen und unterstützen einander“ (S. 307).

Eine technische und wirtschaftliche Konvergenz hat freilich noch nicht entsprechend positive zwischenmenschliche Beziehungen zur Folge. So ohne weiteres werden „die sozialistische und kapitalistische Gesellschaft ihre ideologischen Differenzen“ nicht „ausgleichen“. Der Rezensent muß dem Verfasser auch noch in einem anderen Punkt widersprechen.

Warum gebraucht Heilbronner das Wort „Kapitalismus“ noch, nachdem er doch von einer wesentlichen Wandlung der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung gesprochen hat? Warum bedient er sich eines offensichtlich kranken Begriffes, dessen ursprünglicher Sinn mit der veränderten Wirklichkeit nicht mehr übereinstimmt? Warum wählt er nicht ein Wort, das der neuen Wirklichkeit einer Marktwirt-

schaft im Rahmen eines Rechts- und Sozialstaates angepaßt ist? Der angemessene Ausdruck wäre „gelenkte Marktwirtschaft“ oder „soziale Marktwirtschaft“ oder — wohin die Entwicklung vielleicht führt — „Marktplanwirtschaft“. Die jungen Völker der Entwicklungsländer verbinden erfahrungsgemäß mit dem Wort „Kapitalismus“ den marxistischen Begriff einer „faulen und parasitären Ausbeuterwirtschaft“.

Das vorliegende Buch ist, im ganzen betrachtet, eine ausgezeichnete Einführung in die Grundprobleme der Volkswirtschaftslehre. Ausgezeichnet vor allem durch die darin angestrebte Synthese von Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie. **Herbert Schack, Berlin**

*Joan Robinson*: Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft. Eine Auseinandersetzung mit ihren Grundgedanken und Ideologien. München 1965. C. H. Beck. 181 S.

In ihrer Auseinandersetzung mit bestimmten volkswirtschaftlichen Theorien weist die Verfasserin immer wieder auf den metaphysischen Ursprung und den ideologischen Gehalt auch der wissenschaftlichsten Theorien hin. Diesem Phänomen gilt daher auch der einleitende Abschnitt. Eine Abgrenzung zwischen Metaphysik und Wissenschaft wird vorgenommen. Betrachtungen über den Ursprung moralischer Empfindungen (und der Sittenkodices) aus biologischen Notwendigkeiten und über die schwierige Handhabung sozialwissenschaftlicher Methoden wegen des politischen und metaphysischen Gehalts dieser Wissenschaft gegenüber den Naturwissenschaften stehen im Vordergrund.

Sodann wendet sich die Verfasserin der klassischen Wertlehre zu. Ihr Grundgedanke, daß die aufgewendete Arbeitszeit den Wert der Güter bestimme, stellt sich als unbeweisbare Hypothese heraus: dennoch wird dieses „orthodoxe Dogma“ von *Ricardo* und schließlich von *Marx* übernommen, der darin die „Erklärung des Kapitalismus“ findet und den Ansatzpunkt zu seiner ideologischen Verurteilung. Gekonnt ist die Art, wie die Verfasserin gleichzeitig Marxisten und gewisse Antimarxisten beschämt — die einen wegen ihrer ideologischen Sturheit, die anderen wegen ihres billigen Triumphes. Und überzeugend gelingt der Nachweis, daß die *Marxsche* Werttheorie in der sozialistischen Wirtschaftspraxis aus vielerlei Gründen keine Anwendung findet und auch nicht finden kann.

Treffend, wenn auch nicht neu, sind die Einwände gegen die „Nutzentheorie der Neo-Klassiker“: das mögliche und oft wahrscheinliche Auseinanderfallen von Bedürfnis und erreichter Befriedigung; die Veränderlichkeit der subjektiven Präferenzen, das Problem solcher Präferenzen, die dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen u. a. Viel interessanter ist die Herausstellung des Widerspruches, der darin liegt, daß zwar die Arbeitseinkommen als den nationalen Wohlstand beeinflussend anerkannt wurden, andererseits aber das *laissez-faire*-Prinzip verteidigt werden sollte. Das eine liefe also auf die Forderung nach Einkommensnivellierung, das andere auf das Gegenteil hinaus. Es ist den Neoklassikern auch nicht gelungen, diesen Widerspruch zu



lösen. Der Seitenhieb, den die Verfasserin gegen die Freihandelsenthusiasten führt, wirkt etwas gehässig — „Hier war nicht ganz zu vermeiden, daß der gesunde Menschenverstand durchbrach“ (S. 80) — und erinnert an den Tadel, den die Verfasserin einigen Kritikern der *Marxschen* Preistheorie wegen des gleichen Vergehens aussprach. Ihre Absage an die „Volkswirtschaftslehre als mathematische Wissenschaft“ und die wirklichkeitsferne und sterile Nutzentheorie ist trotz fehlender Schärfe nicht weniger eindringlich. Das alles wirkt fast wie Vorspiel und Wegbereitung für die folgende leidenschaftliche Huldigung an *Keynes*. Der Leser ist durch die unmittelbare Aufeinanderfolge in die Lage versetzt zu beobachten, wie eine wohlwollendere Feder — wie von selbst — die Einwände unwichtig, die Fehler geringfügig erscheinen läßt. *Keynes* ist inzwischen Gerechtigkeit geworden, und seine Verdienste sind bekannt. Gerade deshalb wäre es nur recht und billig, auch seinen Vorläufern gerecht zu werden, was jedoch nicht geschieht. Mit besonderer Genugtuung vermerkt die Verfasserin *Keynes'* Einwände gegen die Freihandelsdoktrin. Sicherlich liegt es an der von Zitaten überladenen Darstellung und an der ungenügenden Ausführung der Gegenargumente, wenn der Eindruck entsteht, die Verfasserin leugne die wohl kaum zu widerlegende Tatsache, daß Zölle auf die Dauer die internationale Arbeitsteilung und die günstigste Allokation der Produktionsfaktoren verhindern. Trotz dieser Schönheitsfehler entsteht ein lebendiges Bild der Persönlichkeit *Keynes'*, das seine Eigenheiten verständlich, fast liebenswert macht und seine Verdienste unterstreicht.

Die folgenden Betrachtungen zum Problemkreis „wirtschaftliche Entwicklung“ zeigen zunächst, daß die diesbezüglichen Aussagen der konventionellen Theorien durch die tatsächliche Entwicklung nicht bestätigt worden sind. Sie weisen auf Fortschritt und Schwäche der *Domar-Harrod'schen* Wachstumsmodelle hin; sie beantworten vor allem nicht die Frage nach den Ursachen der Investitionen und nach den Bestimmungsgründen für ihre Höhe. Als zweifelhaftes Unterfangen erweist sich der Versuch, auf dreieinhalb Seiten Wesentliches zum Bevölkerungsproblem zu sagen. Überdies ist die These vom Wiederansteigen der Geburtenrate bei fortgeschrittenen Ländern nach Erreichen eines Tiefpunktes sehr gewagt. Befremdlich ist auch die lapidare Art, mit der die Verfasserin eine Überlegenheit der sozialistischen Wirtschaftsform über die kapitalistische — jedenfalls für Entwicklungsländer — behauptet (S. 140—143). Bei einem so komplexen Problem, wo es gegolten hätte, die Vor- und Nachteile des Privateigentums und des Staatseigentums gegeneinander abzuwägen und auf die besonderen Verhältnisse in Entwicklungsländern anzuwenden, ist wohl niemandem mit derartigen Pauschalurteilen gedient. Auch die Fragen nach der Zweckmäßigkeit ausländischer Kapitalhilfe und nach der „richtigen“ Produktionstechnik lassen sich auf zwei bis drei Seiten nicht erschöpfend beantworten.

Im Schlußkapitel wird das Urteil gesprochen und — wie man zugeben muß — mit einer mitreißenden Leidenschaftlichkeit. Die inter-

nationalen Liberalisierungsbestrebungen erscheinen als Mittel nationalegoistischer Bestrebungen. Die Unfähigkeit unseres Wirtschaftsystems, die „wichtigsten“ Bedürfnisse zu befriedigen (reine Luft, sauberes Wasser usw.), und die Konzeptionslosigkeit der staatlichen Einkommenspolitik werden hervorgehoben. Die Frage nach der richtigen Gewerkschaftspolitik, nach der Preispolitik der Unternehmer, nach der Dividendenpolitik, nach der Entstehung der Monopole als Folge der Konkurrenz wird gestellt und auf die Unfähigkeit der Theorie hingewiesen, diese Fragen allgemein und endgültig zu beantworten. Und das ist der Sinn und das Ziel dieses provozierenden und darum so lesenswerten Buches, zu zeigen, daß es in der Wirtschaftslehre keine ewigen Wahrheiten gibt; denn „das soziale Leben wird die Menschheit immer mit dem Zwang zur Auswahl unter mehreren Übeln konfrontieren. Keine der metaphysischen Lösungen, die sich formulieren lassen, wird auf die Dauer befriedigen“ (S. 175).

Eine unangenehme Pflicht des Rezensenten ist es, auf die geringe Sorgfalt hinzuweisen, die auf die Herstellung dieses Buches verwandt wurde. Es sei dahingestellt, ob den Übersetzer oder den Verlag die Hauptschuld trifft. Fest steht jedenfalls, daß sich die orthographischen Fehler häufen, wobei man oft im Zweifel ist, ob es sich um Druckfehler oder um Freiheiten des Übersetzers handelt. Die Interpunktionsfehler zu zählen, hat der Rezensent bald aufgegeben. Die Erklärung, daß hier bewußte Eigenwilligkeiten des Übersetzers vorliegen, scheidet aus, da bei gleichen Satzkonstruktionen die Zeichensetzung durchaus unterschiedlich erfolgt.

Hubertus Adebahr, Berlin

*Rudolf Schilcher* (Hrsg.): Wirtschaftswachstum, Beiträge zur ökonomischen Theorie und Politik. Berlin 1964. Walter de Gruyter & Co. 199 S.

Unter dem Thema „Wirtschaftswachstum“ hat Rudolf Schilcher eine Sammlung von Beiträgen herausgegeben, die 14 Schüler ihrem Lehrer Andreas Paulsen zu seinem fünfundsiebzehnten Geburtstag zugeeignet haben. Paulsen hat selbst zunehmend über Fragen des Wirtschaftswachstums gearbeitet; seine Schüler haben die Anregungen aufgegriffen, nicht weil es Mode geworden ist, über Wachstumsprobleme zu schreiben, sondern weil sie dem Werk ihres Lehrers in diesem Rahmen Dank und Verbundenheit bekunden können.

Der Problembereich „Wirtschaftswachstum“, der von allen Beiträgen direkt oder indirekt angesprochen wird, ist weit gesteckt. Theoretische und methodische Aspekte haben darin ebenso Platz wie Beispiele praktischer Wachstumspolitik. Die verschiedenen Beiträge behandeln dabei jeweils einen sehr speziellen Gegenstand, so daß die Arbeiten in ihrem Ziel mehr in die Tiefe als in die Breite gehen. Da nach dem Vorwort des Herausgebers nicht die Vollständigkeit bei der Erfüllung des Themas erstrebt werden konnte, kommt diese Zielsetzung den Einzelbeiträgen zugute. Das gilt für solche Arbeiten, die eine Bestandsaufnahme bei der Darstellung eines Problems aus dem Bereich des Wirtschaftswachstums geben, und auch für jene, die ein

Problem abstrakt formulieren und der Lösung ein Stück näher bringen. Trotz der weitgehenden Spezialisierung der einzelnen Aufsätze gibt die Sammlung aber ein gutes Bild der Fragen des Wirtschaftswachstums, an deren Lösung die Wirtschaftswissenschaft gegenwärtig arbeitet. Beispielsweise sind die Probleme der Verbindung von Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung, der Behandlung des technischen Fortschritts im Wirtschaftswachstum, von Inflation und Wirtschaftswachstum und der statistischen Messung des wirtschaftlichen Wachstums ebenso vertreten wie Fragen der Entwicklungsplanung. Diese Vielfalt trotz Spezialisierung macht die Aufsatzsammlung auch für diejenigen volkswirtschaftlich fachkundigen Leser interessant, die sich einmal über den weiten Problembereich des Wirtschaftswachstums informieren wollen. Der „Wachstumsspezialist“ wird in den einzelnen Aufsätzen Anregungen und Ideen finden.

Fritz Abb, Frankfurt

*Hans Peter: Strukturlehre der Volkswirtschaft* (hrsg. von *Woldemar Koch* unter Mitwirkung von *Ursula Schleehauf*). Göttingen 1963. Otto Schwartz & Co. XVIII, 378 S.

Von Fach Mathematiker und beseelt von starkem, ja leidenschaftlichem Ethos, suchte Hans Peter — so erzählte er mir einmal — eine Lebensaufgabe, die seiner mathematischen Veranlagung wie seinem Ethos gleicherweise entspräche, und fand sie in der mehr und mehr sich mathematisierenden Nationalökonomie. Diesen seinen Entschluß, Nationalökonom zu werden, hat er nie bereut, und wir haben allen Grund, uns seiner zu freuen. Um so schmerzlicher ist es, daß ein früher Tod Peter die Vollendung seines Lebenswerks versagt hat. Was von dem Werke, das seine theoretische und normative Gesamtschau des Sozialprozesses der Wirtschaft abschließend darlegen sollte, bei seinem Tode veröffentlichungsreif vorlag, hat sein Freund und Fakultätskollege *Woldemar Koch* unter Mitwirkung der gemeinsamen Schülerin *Ursula Schleehauf* druckfertig hergerichtet und herausgegeben. So haben wir zwar nur Bruchstücke dessen, was Peter geplant und in Angriff genommen hatte, aber auch diese sind wertvoll genug. Dem Herausgeber und seiner mit den Peterschen Gedankengängen offenbar vollkommen vertrauten Mitarbeiterin haben wir für die selbstlose Mühe, der sie sich unterzogen haben, sehr zu danken.

Das Werk besteht aus zwei Teilen, einem umfangreicheren theoretischen (I., S. 1—268) und einem viel kürzeren normativen (II., S. 269 bis 344) Teil; es folgen ein schon früher gedruckter Aufsatz Peters (S. 345—355) sowie eine Abhandlung von *Schleehauf*, worin sie die Peterschen Zwei-Personen-Modelle erläutert (S. 355—368).

In beiden Hauptteilen offenbart sich die für Peter kennzeichnende begriffliche Schärfe, die in nicht wenigen Fällen dazu führt, heißumstrittene Probleme auf bloße Begriffsmengerei zurückzuführen und damit zu erledigen. Natürlich bedient Peter sich mit Vorliebe der dem Mathematiker geläufigen Denkformen. Dem Nichtmathematiker ist

damit Gelegenheit geboten, sich von deren Vorzügen und Leistungen zu überzeugen. In sehr großem Umfang geht Peter allerdings weit über die Grenzen hinaus, bis zu denen der humanistisch geschulte Nichtmathematiker zu folgen imstande ist; nichtsdestoweniger ist auch für ihn — Rezensent gehört selbst zu dieser Klasse von „Gebildeten“ — das Studium der neunzehn Kapitel des theoretischen Teils in hohem Grade lohnend.

Auch in den sieben Kapiteln des normativen Teils fehlt die Mathematik nicht ganz (S. 288—291!), tritt aber doch so weit zurück, daß — von wenigen Stellen abgesehen — auch der Nichtmathematiker dem Gedankengang nicht nur folgen, sondern ihn mitvollziehen kann. Besonders wertvoll ist die Auseinandersetzung mit den Welfare Economics (S. 278—293). Trotz mancher Bereicherung unserer Erkenntnis im einzelnen hat die erst 1962, also nach Peters Tod, stattgefundene Homburger Tagung des Vereins für Socialpolitik (vgl. Schriften des VfS NF Bd. 29) grundsätzlich nicht über seine sehr hart formulierte Feststellung hinausgeführt und noch weniger sie erschüttert, daß „die Wohlfahrtstheorie schon bei der Vorfrage scheitert“ (S. 287) und „man sich . . . in eine Sackgasse verrannt hat“ (S. 292). — In den letzten Kapiteln dieses zweiten Teils spannt Peter seine Anforderungen an den Leser etwas weniger hoch und appelliert gar nicht selten einfach an Einsichten des gesunden Menschenverstands. Nichtsdestoweniger ist das Kapitel „Liberale Utopie und zentralistischer Sozialismus“ (S. 303—314) methodisch und didaktisch ein Kabinettstück. — Mit besonderer Zustimmung sei zum Schluß ein Satz angeführt, der geradezu Peters verteilungspolitisches Manifest enthält: „Die Rechtfertigung von Einkommen liegt nicht ausschließlich bei ihrer Entstehung, sondern ebensowohl bei ihrer Verwendung“ (321). — Auch wer seinerzeit vor Peters „Mathematische Strukturlehre des Wirtschaftskreislaufs“ (1954) die Waffen gestreckt hat, sollte an diese „Strukturlehre der Volkswirtschaft“ mutig herangehen; er wird sich belohnt finden.

Oswald v. Nell-Breuning S. J., Frankfurt/M.

*L. Albert Hahn*: Ein Traktat über Währungsreform. Basel-Tübingen 1964. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) u. Kyklos. 200 S.

Es ist eine provozierende Schrift, wie beinahe alle vorangegangenen Veröffentlichungen des Autors. Die Kernthese, daß das System grundsätzlich fester Wechselkurse zugunsten eines solchen mit flexiblen Wechselkursen aufzugeben sei, hat Hahn schon häufig vertreten, doch wieder ist seine Begründung faszinierend zu lesen und originell in Einzelheiten. In der Welt von heute ließen sich nicht Preis- und Konjunkturstabilität einerseits und Wechselkursstabilität andererseits zugleich verwirklichen. Die Praxis vernachlässige ihren Lippenbekenntnissen zuwider die Binnenstabilität. „Tatsächlich ist man schon auf dem besten Weg, in ein System hineinzuschlittern, das man als ein gemischt inflatorisch-zwangswirtschaftliches bezeichnen kann“ (S. 79). Einem „geldtheoretischen Irrtum fallen diejenigen zum Opfer, die

die Preisstabilität in den USA als Beweis für die Abwesenheit, oder wenigstens Neutralität, der Inflation ansehen. Denn bei festen Wechselkursen führt die Geldinflation, jedenfalls bei außenhandelsempfindlichen Gütern, nie zu Preissteigerungen, sondern zu Zahlungsbilanzdefiziten“ (S. 34). „Und schließlich bedeuten flexible Wechselkurse einfach die Anerkennung der Tatsache, daß innere Angleichungen durch Deflation oder Inflation äußerst schmerzhaft, langwierig und meist unmögliche Operationen sind, während sich der Ausgleich über den Wechselkurs glatt, rasch und schmerzlos vollzieht“ (S. 56), was *Keynes* schon 1923 betont habe. Den tatsächlichen oder vermeintlichen Vorteilen flexibler Wechselkurse für die Wahrung der Binnenstabilität wird sehr viel mehr Raum und Gedankenscharfe zugewandt als den von den Kritikern befürchteten Nachteilen — Nachteile nicht allein für die Intensität des internationalen Güter- und Kapitalverkehrs, sondern auch für die Stabilität im monetären Bereich. Nicht näher untersucht wird die Qualität des Arguments, daß feste Wechselkurse sehr viel mehr als flexible dazu führen könnten, die Verantwortlichen in inflationierenden und daraufhin defizitär gewordenen Ländern unter Druck zu setzen, einen Druck, der für sich gesehen gewiß nicht zum Ziel zu führen braucht, der aber heilsam sein kann, wenn internationale Liquiditätshilfen von konstruktiven Bedingungen abhängig gemacht werden.

Die Schwierigkeiten rationaler Kalkulation bei flexiblen Kursen werden nicht sonderlich ernst genommen. Auf den Einwand, daß das spekulative Moment bei flexiblen Kursen stärker zur Geltung kommen kann, mit dem Ergebnis, daß Kursschwankungen und internationale Bewegungen von Geld und Kapital weniger das Resultat von Veränderungen der jeweiligen Wettbewerbsverhältnisse sein können als von spekulativen Hoffnungen und Befürchtungen, wird nicht eingegangen. Nicht berücksichtigt wird die besondere Problematik von Wechselkursveränderungen einer Wirtschaftsgemeinschaft wie der EWG.

Diese Hinweise schließen nicht aus, daß jeder, dem sich die Wahrung der Binnenstabilität des Geldes als Aufgabe von besonderem Rang darstellt — von höherem Rang als die der Außenstabilität —, auch durch die neue Schrift Hahns zur kritischen Überprüfung seiner Einzelurteile angeregt wird. Unter welchen Voraussetzungen kommt die Wahrung der Außenstabilität — trotz der nicht zu leugnenden Gefahr eines Imports von Inflation — der Binnenstabilität zustatten? Wie lange läßt sich die Außenstabilität zur Not noch zugleich mit der Binnenstabilität verteidigen und von wann ab wird sie unvermeidlich schädlich? Unter welchen Umständen wären Einschränkungen der Konvertierbarkeit und andere Behinderungen der Freizügigkeit im Güter- und Kapitalverkehr gegenüber Wechselkursveränderungen als das kleinere Übel anzusehen? Für die Beantwortung all dieser Fragen fällt ins Gewicht, inwieweit als real möglich angesehen wird, Binnenstabilität des Geldes als eine Aufgabe für sich zu sehen, die isoliert von allem anderen bestimmbar ist, oder inwieweit sie stattdessen an

die Bedingungen eines hohen Beschäftigungsstandes, einer einigermaßen stetigen konjunkturellen und strukturellen Entwicklung und an eine der Tendenz nach wachsenden Wirtschaft sowie an andere Voraussetzungen geknüpft wird.

Einer weiteren, in provozierender Absicht geschriebenen Arbeit Hahns ist zu wünschen, daß sie zwar wieder von der Bejahung eines überlegenen Ranges der Binnenstabilität des Geldes ausgeht, dann, aber mehr differenzierend als bisher geschehen, auf Einwände und Fragen eingeht, die die Kritiker flexibler Kurse vorbringen.

Rudolf Meimberg, Mainz

*Dieter Pentzek: Der freie Wechselkurs. Theoretische Untersuchung der Möglichkeit eines Überganges zu einem neuen Wechselkursystem. (Volkswirtschaftliche Schriften Heft 71.) Berlin 1963. Duncker & Humblot. 96 S.*

Es ist eine Grundentscheidung der internationalen Wirtschaftspolitik nach dem zweiten Weltkrieg gewesen, daß feste Wechselkurse bei Autonomie der nationalen Wirtschaftspolitik gelten sollten. Unter diesem System hat die Weltwirtschaft in den vergangenen 15 Jahren einen zuvor nicht gekannten Aufschwung erlebt, und die Selbständigkeit der Wirtschaftspolitik in den einzelnen Volkswirtschaften mußte nicht aufgegeben werden. Oder hätte die internationale Arbeitsteilung doch noch größer sein können, und wären die Ziele nationaler Wirtschaftspolitik, z. B. Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung, besser zu erreichen gewesen, wenn es ein System flexibler Wechselkurse gegeben hätte? Auf das Verdienst der geltenden Regelung verweisen die meisten amtlichen Währungspolitiker, die Kritik an dieser Ordnung wird vorwiegend aus dem Kreis der nationalökonomischen Wissenschaftler vorgetragen. Bei der Gegensätzlichkeit geht es sowohl um wirtschaftstheoretische Einsichten als auch um Werturteile über die Ziele der Wirtschaftspolitik und die Kunst der Erreichung von einmal gesetzten Zielen. Würde das immer sauber auseinandergehalten werden, dann käme man dem gegenseitigen Verstehen von Argumenten und Gegenargumenten näher.

Die kleine Schrift von Dieter Pentzek über den freien Wechselkurs trägt die Argumente und Gegenargumente zusammen und stellt sie einander gegenüber. Nach sehr präzisen Definitionen der Begriffe, die mit den üblichen nicht vollkommen identisch sind, und nach genauen Abgrenzungen der einzelnen denkbaren Wechselkurssysteme erörtert der Verfasser das Pro und Contra für freie Wechselkurse und für den Übergang zu einem System der freien Wechselkurse.

Aus der Gegenüberstellung der Argumente entscheidet er sich für das System der freien Wechselkurse. Dann behandelt er mögliche Folgen, die sich aus den Umständen ergeben, unter denen ein System freier Wechselkurse eingeführt wird. Das sind Auswirkungen, die von der Zahl der zu freien Wechselkursen übergehenden Länder, von ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, von ihrer Wirtschaftsstruktur und von

der Art und Weise der Einführung des neuen Wechselkurssystems abhängen.

Diese Darstellung ist in der Literatur nicht neu, und Pentzek bringt auch keine Argumente, die nicht irgendwo schon einmal und gelegentlich sogar begründeter<sup>1</sup> vorgebracht worden sind. Pentzek argumentiert viel mit den bekannten widerstrebenden Argumenten, obwohl die Argumente doch eigentlich am theoretischen Modell geprüft und die wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten erwogen werden sollten. Was die Schrift von Pentzek aber auszeichnet, ist die Vollständigkeit des Katalogs der Argumente und Gegenargumente und die Ordnung, in die die Argumentation gebracht wird. Das ist eine verdienstvolle Arbeit, weil diese Bestandsaufnahme ein zuerst notwendiger Schritt zur Auflösung der Frontstellung ist, in der sich Freunde und Gegner eines Systems freier Wechselkurse heute befinden.

Fritz Abb, Frankfurt

*Hans Ruthenberg: Landwirtschaft und anfängliche Kapitalbildung. Die wirtschaftlichen Leistungsreserven der Landwirtschaft in Entwicklungsländern und Ansätze ihrer Nutzbarmachung für die Kapitalbildung. (Sonderheft 2 der Ztschr. f. ausländische Landwirtschaft.) Frankfurt/M. o. J. (1964). DLG-Verlag. 149 S.*

Die als Habilitationsschrift der TU Berlin veröffentlichte Arbeit untersucht die Bedingungen und Möglichkeiten, die in den Entwicklungsländern mit bisher überwiegender Agrarwirtschaft bestehen, das zur notwendigen Industrialisierung erforderliche Investitionskapital aus der inländischen Quelle der landwirtschaftlichen Produktion zu gewinnen, trotzdem die Masse der Landbevölkerung in Armut lebt.

Geringe Produktivität und vorwiegend als Substienzwirtschaft betriebene Erzeugung sind in der Regel bedingt durch ungenügende Ausschöpfung der produktiven Ressourcen, unerschlossenen Zugang zu den Arbeitsmärkten und überwiegend konsumtiven Gebrauch der Reinerträge. Die hohen Zuwachsraten der Bevölkerung fordern die Bereitstellung von außerlandwirtschaftlichen Arbeitsplätzen, die hohe Investitionen zur Schaffung von Infrastruktur und für die Produktionsmittelindustrien verlangen.

Die Kapitalbildung ohne Konsumbeschränkung kann daher nur durch bessere Ausnutzung der vorhandenen und zuwachsenden Arbeitskapazität, Kanalisierung und produktive Investition der Mehrerträge erfolgen. Einleitend verweist der Verfasser auf entsprechende Prozesse bei der beginnenden Industrialisierung in den heute hochentwickelten Ländern Europas. Dabei waren Änderungen der Eigentumsverhältnisse am Boden, Abwanderung aus der Landwirtschaft und Abschöpfung der Mehrerträge durch private Kapitalbildung unter dirigistischen Staatsmaßnahmen wichtige Voraussetzungen. Aber die Möglichkeit der Kapitalbildung aus den kolonialen Überschußübertragungen fehlen den heutigen Entwicklungsländern. Sie sind

<sup>1</sup> Vgl. z. B. die vorzügliche Analyse von Egon Sohmen, *Flexible Exchange Rates. Theory and Controversy*. Chicago 1961, University Press.

gezwungen, dem stärkeren Bevölkerungsdruck durch erheblich größere Zuwachsraten des Sozialproduktes zu begegnen, um die für das notwendige wirtschaftliche Wachstum erforderliche Investitionsquote zu gewinnen. An Modellkalkulationen wird nachgewiesen, daß die Bedeutung der Urproduktion, meist der Landwirtschaft, dabei um so größer ist, je schneller sich das wirtschaftliche Wachstum aus demographischen, politischen und sozialen Gründen vollziehen muß. Dabei sind ohne monetäre Kapitalbildung produktive Investitionen möglich durch Arbeitseinsatz sowohl betriebsintern als auch für Gemeinschafts- und Infrastrukturprojekte und durch den Unterhalt der in Ausbildung für andere Wirtschaftszweige befindlichen Haushaltsmitglieder. Die monetäre Kapitalbildung ist in den produktiven Betriebsmitteleinsatz, Kapitalbeteiligung und vor allem zur Abschöpfung mit Hilfe von Pacht, Steuer und zu Ungunsten der Landwirtschaft manipulierten Preisrelationen zu lenken. Disparität der landwirtschaftlichen Einkommen verstärkt den Transfer von Kapital und Arbeitskräften in die außerlandwirtschaftliche Volkswirtschaft. Der Verfasser unterscheidet dabei richtig den kapitalistischen, nur mit Mitteln der Wirtschafts- und Finanzpolitik wirkenden und den kommunistischen, in mancher Hinsicht den merkantilistischen Konzeptionen ähnlichen Weg, der den kollektiven Maßnahmen der Arbeitslenkung und Kapitalabschöpfung den Vorzug gibt.

Als wesentliche, bisher unausgenutzte Reserven werden die ländliche Arbeitslosigkeit (besser wäre der Begriff „Unterbeschäftigung“ gewählt worden) und die bessere Kombination der Produktionsfaktoren durch neue Technologien in der landwirtschaftlichen Erzeugung erkannt. Sie setzen vor allem einen höheren allgemeinen und fachlichen Bildungsgrad voraus. Ihre Wirkungen sind aber um so größer, als sie zugleich den ökonomischeren Einsatz industrieller Produktionsmittel und der erzielten Mehrerträge mit sich bringen.

Die Besonderheiten der in der Ausgangssituation unterschiedlichen Entwicklungsländer werden dargestellt an Ländern, die der Verfasser selbst kennt, insbesondere Indien und einige ostafrikanische Länder, im Vergleich zu Japan, das den Beweis für den erfolgreichen Weg der Kapitalbildung aus den Überschüssen einer technologisch verbesserten und in den sozialen Voraussetzungen zielgerecht umstrukturierten Landwirtschaft liefern konnte. Der Verfasser betont den Vorrang, den die Einführung landbautechnischer Fortschritte zur Steigerung von Produktionsumfang, Produktivität und Kapitalabschöpfung vor dem zusätzlichen Mengeneinsatz an Arbeit, Boden und Produktionsmitteln haben muß, die dann erst im Gefolge des produktiven Kapitaleinsatzes stattfinden. Die sozialpsychologischen Faktoren gewinnen dabei an Bedeutung sowohl in ihren hemmenden wie ihren fördernden Kräften.

Die Arbeit vermittelt einen sehr guten Zugang zu den ökonomischen, sozialen und wirtschaftspolitischen Problemen der Entwicklungsländer. Die Darstellung ist zwar durch mehrfache Wiederholun-



gen der an den einzelnen Ländern nachgewiesenen Tendenzen mehr als notwendig breit angelegt. Aber die Grundlinien werden auch bei im einzelnen differenzierten Besonderheiten der Länder überzeugend deutlich.

Erich Hoffmann

*Walter Weddigen:* Die wirtschaftlichen Folgen des Investivlohns unter besonderer Berücksichtigung der Belastung des gewerblichen Mittelstandes. (Unter Mitarbeit von H. Winterstein, W. Pahlow.) (Sozialpolitische Schriften, Heft 17.) Berlin 1964. Duncker & Humblot. 127 S.

Diese Abhandlung, ursprünglich ein Gutachten für das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, ist keine sozialpolitische Erörterung, sondern eine wirtschaftstheoretische Untersuchung der mit einem Investivlohn verbundenen sozialökonomischen Auswirkungen. An sich ist der Investivlohn, vermittels dessen sozial schwächere Schichten der Bevölkerung am Produktivvermögen der Volkswirtschaft beteiligt werden sollen, ein sozialpolitisches Problem. Allein wie alle sozialen politischen Maßnahmen, so hat auch der Investivlohn als ein Instrument der Einkommens- und Vermögenspolitik seine wirtschaftliche bzw. wirtschaftspolitische Problematik. Von der etwaigen Einführung des Investivlohnes gehen „vielfältige Wirkungen auf das Preisniveau, das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungslage und den Außenhandel“ aus (S. 100). Bei einem allgemeinen Investivlohn der privaten Wirtschaft, auf gesetzlicher Vorschrift oder tarifvertraglicher Vereinbarung beruhend, sind die ökonomischen Auswirkungen, wie die Verfasser überzeugend darlegen, „ganz überwiegend negativ“. „Würde dieser Investivlohn allgemein in einer jährlichen Höhe festgesetzt, die in naher Zukunft eine namhafte Eigentumsbildung der Arbeitnehmer zuließe, so würden diese produktivitätsmindernden Wirkungen ein Ausmaß erreichen, dessen Ignorierung heute schwere wirtschaftliche Rückschläge mit sich bringen würde“ (S. 100). Man könnte allenfalls vorsichtig eine Investivlohnquote „ertasten“, die sich im Hinblick auf die Produktivität der Wirtschaft noch vertreten ließe. Das Ziel einer breiten Eigentumsstreue wäre dann jedoch nicht so bald zu erreichen.

Die Wahl der Spar- und Anlageformen bei der Einkommensverwendung sollte grundsätzlich jedem Lohnempfänger selbst überlassen bleiben. Infolgedessen wäre ein individueller Sparvertrag zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer, soweit überhaupt an Investitionszwecke gedacht wird, zu empfehlen. Man könnte solche „individuell freiwillig abzuschließende Investivlohnvereinbarungen für beide Sozialpartner reizvoller“ machen, indem man sie z. B. mit dem Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer koppelt (vgl. S. 107 ff.).

Die vorliegende Abhandlung ist nicht nur wegen der Erörterung eines sehr aktuellen Problems interessant. Sie gibt zugleich den Beweis der Zweckmäßigkeit, ja der Notwendigkeit einer wirtschafts-

wissenschaftlichen Analyse der ökonomisch relevanten Auswirkungen sozialer Handlungen und sozialpolitischer Maßnahmen. Lebensforderungen bzw. gesellschaftliche und soziale Erfordernisse stehen in einer polaren Spannung zu den sachlichen Forderungen bzw. den mit einem Wirtschaftswachstum verbundenen sachlichen Notwendigkeiten. Man muß also bedenken: „Ebenso wie der Wirtschaftspolitiker seine wirtschaftlichen Ziele nicht weiter verfolgen kann, wenn die Vernachlässigung der rein politischen Gesichtspunkte ihm das freiwillige Mitgehen der Bevölkerung entzieht, so sägen auch die Politiker den Ast ab, auf dem sie sitzen, wenn sie um ihrer außerwirtschaftlichen Macht- und Vergemeinschaftungsziele willen dem erforderlichen Wachstum des Sozialprodukts nicht genügend Rechnung tragen“ (S. 16). Walter Weddigen hat recht, „die systematisierend-theoretische Wirtschaftswissenschaft“ geht (als „die Theoretische Grundwissenschaft der angewandten Disziplin ‚Sozialpolitik‘“) der Soziologie voraus.

Der dem jeweiligen Wirtschaftssystem entnommene Beurteilungsmaßstab kann verschiedener Art sein. In dem vorliegenden Gutachten über Investivlohnregelungen ist als Beurteilungsmaßstab „die Erreichung einer größtmöglichen Produktivität der Mittel beschaffenden Wirtschaft“ (S. 16) gewählt worden. Wir dürfen diese Abhandlung also aus zwei Gründen den Wirtschafts- und Sozialpolitikern wie den Studierenden der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften empfehlen: erstens wegen der aktuellen sozialen bzw. sozialpolitischen Problematik, zweitens wegen der Beispielhaftigkeit einer methodisch-systematischen sozial-„ökonomischen“ Untersuchung. Herbert Schack, Berlin

**Detlev Zöllner:** Öffentliche Sozialleistungen und wirtschaftliche Entwicklung. Ein zeitlicher und internationaler Vergleich. (Sozialpolitische Schriften Heft 16.) Berlin 1963. Duncker & Humblot. 118 S.

In einer Periode, in der die Leistungen und damit auch die Kosten der öffentlichen Sozialen Sicherheit trotz des wachsenden Wohlstandes von Jahr zu Jahr erhöht wurden (1913 rd. 3,5 %, heute über 18 % des Volkseinkommens in Deutschland) und auch in Zukunft kaum sinken werden — man denke nur an die Rentenentwicklung, die Familienbeihilfen und die „soziale Harmonisierung“ in der EWG, ist eine Auseinandersetzung mit den Ursachen des Anwachsens und ein Blick über die Grenzen von größter Aktualität.

Beide Punkte werden in der vorliegenden interessanten und lesenswerten Untersuchung behandelt. Im 1. Teil werden die Ursachen des Anwachsens und im 2. Teil die Entwicklungstendenzen der öffentlichen Sozialleistungen, die als „Funktion der wirtschaftlichen Entwicklung“ angesehen werden, dargestellt.

Zöllner stellt die These auf, daß „für die Entstehung und den Ausbau der sozialen Sicherheit (und) für die Höhe der Sozialleistungsquote (öffentliche Sozialleistungen im Verhältnis zum Volkseinkommen) vor allem der Anteil der nicht-landwirtschaftlichen Arbeitnehmer an der Bevölkerung (Arbeitnehmerquote) von Bedeutung ist“ (S. 34), und zwar ließe eine „Zunahme der Arbeitnehmerquote

um 1 eine Zunahme der Sozialleistungsquote von 0,5 erwarten“. Daneben werden Kriegsfolgelasten, Altersaufbau und Beschäftigungslage als sekundäre Determinanten der Sozialleistungsquote betrachtet. Diese These erscheint zunächst überzeugend.

Doch offensichtlich unterschätzt Zöllner sowohl die Bedeutung der sozialpolitischen Wertvorstellungen über die wünschenswerte Einkommensumverteilung und die Wandlungen der sozialen Sicherheitsbedürfnisse, deren Artikulation weitgehend durch die Ideologien und Ziele der Regierungen, Parteien, Verbände, Parlamentarier u. a. bestimmt wird, als auch den Einfluß und die prägende Macht der bestehenden Sozialversicherungsinstitutionen.

Auch aus den ausgezeichneten statistischen Unterlagen Zöllners ergibt sich sowohl bei einem zeitlichen als auch bei einem internationalen Vergleich, daß die Sozialleistungen nicht primär von der Anzahl der Arbeitnehmer bzw. der jeweiligen Quote bestimmt werden.

Wie läßt sich mit Zöllners These erklären, daß z. B. bei etwa gleichbleibender Arbeitnehmerzahl (Deutschland seit 1927) die Sozialleistungen um etwa das Sechsfache stiegen, oder daß die Sozialleistungsquote bei gleichbleibender Arbeitnehmerquote stieg, oder daß trotz der hohen Arbeitnehmerquoten in Großbritannien, USA, der Schweiz u. a. die Sozialleistungsquoten wesentlich geringer waren als in Deutschland oder Frankreich (vgl. Tabelle 1—10)? Diese Abweichungen lassen sich auch nicht durch unterschiedliche Kriegsfolgelasten oder Altersquoten erklären.

Auch Zöllner sieht diese Widersprüche, wenn er ausführt, daß „besondere Umstände eine beträchtliche Verzögerung der Entwicklung bewirken können“ und daß „die Abhängigkeit der Sozialleistungsquote von der Arbeitnehmerquote (nur) ein Erfahrungssatz ist“. An der „Allgemeingültigkeit des aufgezeigten Zusammenhangs“ hält er aber fest, wenn es auch „keinen Beweis dafür (gibt), daß es so sein muß“ (S. 54 u. 68).

Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß eine höhere Arbeitnehmerquote die öffentlichen Sozialausgaben beeinflussen kann, aber nur dann, wenn die Gesellschaftsordnung ihre sozialen Ziele überwiegend durch Zwangsversicherungsmaßnahmen zu verwirklichen sucht. Nur am Rande sei erwähnt, daß eine soziale Sicherung auch individuell oder tarifvertraglich geregelt werden kann. Der Hinweis, daß die „öffentlichen Sozialleistungen ohne jeden Zweifel eine gerechtere Umverteilung bewirken“, und daß das „öffentliche System der Gesundheitssicherung nicht mehr Ausgaben bewirkt“, als ohnehin für gleiche soziale Leistungen aufgewendet worden wären (S. 62 ff.), bleibt eine problematische Annahme.

Der 2. Teil zeigt einige Entwicklungstendenzen der Sozialen Sicherheitssysteme in der Welt und insbesondere in Deutschland. Beachtung verdient hier die Betrachtung über das „Mißverhältnis zwischen Leitbild und Wirklichkeit in der Sozialpolitik“. Die Annahme, daß eine Ausdehnung des tertiären Bereiches (Dienstleistungen u. a.) eine Erhöhung der Sozialleistungsquote bewirkt (S. 84) wird dagegen nicht

befriedigend begründet. Gerade weil die geäußerten Ansichten teilweise recht problematisch sind, beinhaltet diese Untersuchung, die flüssig und verständlich geschrieben wurde, eine Fülle von Anregungen.

Hanjo Lell, Berlin

*Ludwig Kastl (Hrsg.): Kartelle in der Wirklichkeit. Festschrift für Max Metzner. Köln-Berlin-Bonn 1963. Carl Heymanns Verlag. 469 S.*

Anläßlich des 75. Geburtstages von Max Metzner hat Ludwig Kastl eine Festschrift im Namen von Freunden, Kollegen und Schülern des Jubilars herausgegeben. Diese Festschrift, welche einen instruktiven Einblick in das Kartellwesen vermittelt, gliedert sich in zwei Hauptteile: Teil I enthält in seinem ersten Abschnitt Nachdrucke einiger Abhandlungen von R. Callmann, R. Isay, F. Kleinwächter, H. Müllensiefen, G. Schmoller, E. Kirdorf und S. Tschierschky. Zu erwähnen sind hier insbesondere der Artikel von Callmann (Gedanken zur Kartellpolitik, 1934), in welchem Überlegungen angestellt werden, warum Kartelle unter den Begriff Monopol fallen, der Beitrag von Isay (Ein „dritter Weg“ in der Kartellpolitik, 1956), in dem die Vorteile der Mißbrauchsgesetzgebung gezeigt werden, und ein Vortrag von Schmoller (Das Verhältnis der Kartelle zum Staat, 1905), in welchem Vorschläge für eine Kartellgesetzgebung unterbreitet werden. Für den Abdruck des wertvollen Beitrags von Kleinwächter (Die Kartelle. Ein Beitrag zur Frage der Organisation der Volkswirtschaft, 1883), dem Schöpfer des Ausdrucks „Kartelle seien Kinder der Noth“, ist dem Herausgeber besonders zu danken, da hier nicht nur die privatwirtschaftlichen Vorteile, sondern auch die Voraussetzungen und Konsequenzen eines wirksamen Kartells (staatliche Preisfestsetzung, Aufhebung der Gewerbefreiheit, Gewährung von Monopolprivilegien und Zollschutz) gezeigt werden. Wenn man diesem Artikel die gegenwärtige Auseinandersetzung für und gegen Kartelle, Konzerne usw. gegenüberstellt, wird so recht deutlich, wie ähnlich doch die Probleme und die jeweilige Argumentation geblieben sind. Daher wäre es nur zu wünschen, wenn jeder, der sich mit wettbewerbsspolitischen Fragen beschäftigt, diese Abhandlung lesen würde.

Im zweiten Abschnitt finden sich Beiträge von N. Herlitzka, V. Holzschuher, C. von Katzler, O. Klug, S. Rietschel, A. Sölter und R. Risse, von welchem auch einleitend das Lebenswerk Max Metzners nachgezeichnet wurde. Hervorstechend ist hier insbesondere der Beitrag von Herlitzka (Bemerkungen zur historischen Entwicklung von Kartellen, 1938), in welchem bis ins Altertum die monopolistischen Organisationen und deren recht drastische Bekämpfung (nach der Antimonopolgesetzgebung des römischen Kaisers Zenon war beispielsweise die Beschlagnahme des gesamten Vermögens und die dauernde Verbannung möglich) zurückverfolgt wurden, und der Beitrag von Sölter (Preiswettbewerb in der Wirklichkeit), in dem insbesondere auf die Probleme der Nachfragemacht und der Konzentration eingegangen wird.

Der zweite Teil dieser Festschrift bringt eine Reihe Monographien von Kartellen in verschiedenen Wirtschaftszweigen. Neben den Darstellungen von H. Abegg, W. Bernhard, J. H. v. Brunn, C. Fink, H. A. Fritz, G. Hammer, B. Koschel, H. Müller-Henneberg, W. Pinder, E. Rindtorff, E. Weigold und G. H. Wolf sind insbesondere folgende Arbeiten zu nennen: W. Benisch (Gemeinschaftsvertrieb des Torfstreuverbandes), W. Gutberlet (Kartelle in der Textillohnveredlungs-Industrie), C. Harz (Die Wettbewerbsordnung in der Konsumseifenindustrie), G. Kiersch (Die internationalen Stahlkartelle zwischen den beiden Weltkriegen), H. Müller (Kartelle im Handel), A. Schaedel (Geschichte des Tapetenkartells) und R. Semler (Zementkartelle in Vergangenheit und Gegenwart). Von besonderem Reiz ist der Faksimile-Text eines Eisendraht-Kartellvertrages aus dem Jahre 1822.

Im dritten Teil werden Veröffentlichungen von Dr. Max Metzner aufgezählt.

Aus der Fülle der Anregungen, welche dieses Werk anbietet, sind m. E. folgende Gedanken wettbewerbspolitisch besonders bedeutsam: 1. Es ist Aufgabe der Regierung, „den freien Wettbewerb sowie den Verbraucher gegen ungerechtfertigte Preissteigerungen zu schützen“. Die Wettbewerbspolitik kann aber nicht die Währungspolitik, die die Stabilität des Geldwertes erhalten soll, ersetzen. 2. Das natürliche Streben der Unternehmer nach Ausschaltung des Wettbewerbs läßt sich nicht durch strenge Antimonopolmaßnahmen verhindern, und zwar insbesondere dann nicht, wenn die sonstige Wirtschaftspolitik die Kartell- und Konzernbildung direkt oder indirekt fördert. Aber trotz Kartellen und marktbeherrschender Unternehmen kann der allgemeine Wohlstand steigen.

Insgesamt bieten die zahlreichen Beiträge einen vielseitigen Überblick über die verschiedenen Wege der unternehmerischen Kooperation und Wettbewerbsbeschränkungen. Ein besonderer Vorzug dieser umfangreichen Festschrift ist außerdem in dem auszugsweisen Nachdruck einer Reihe heute nur noch schwer zugänglicher Werke zu sehen.

Hanjo Lell, Berlin

*Christian Smekal*: Die verstaatlichte Industrie in der Marktwirtschaft.

Das österreichische Beispiel. (FIW-Schriftenreihe Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb, Heft 12.) Köln-Berlin-Bonn-München 1963. Carl Heymanns Verlag KG. 147 S.

Es sei nicht seine Absicht — so schreibt der Verfasser in der Einleitung —, die grundsätzlichen Probleme der Verstaatlichung zu erörtern. Er habe sich vielmehr die Aufgabe gestellt, die Wirkungen zu untersuchen, die in Österreich von der Verstaatlichung auf die betroffenen Unternehmen selbst und auf die übrige Wirtschaft ausgegangen sind.

Der erste Teil des Buches beginnt mit Betrachtungen zum österreichischen Wirtschaftssystem, „das mit Verstaatlichung der Grundstoffindustrie, staatlicher Mitbestimmung in anderen Industriebereichen und ausgedehntem privatwirtschaftlichen Teil unter gemeinwirtschaftlicher Kontrolle offensichtlich eine Verbindung zwischen Markt-

wirtschaft und Planwirtschaft sucht“ (S. 16). Dann gibt der Autor einen mit zahlreichen Tabellen versehenen Überblick über die Struktur der österreichischen Wirtschaft im allgemeinen und die verstaatlichte Industrie im besonderen, wobei gezeigt wird, daß „die Verstaatlichung ... ohne Rücksicht auf Produktionszweige und Betriebsgrößen ... vorgenommen (wurde)“ (S. 34).

Im zweiten Teil befaßt sich der Autor zuerst mit der „Rechtsform als Rahmen der betrieblichen Willensbildung“. Da die 17 größten Unternehmungen der verstaatlichten Industrie als Aktiengesellschaft geführt werden, beschränkt Smekal seine Untersuchung auf diese Gesellschaftsform. Insbesondere bei der Erörterung der Willensbildung und der Kontrolle wird deutlich, daß der politische Einfluß auf die Unternehmungsführung erheblich ist und bei jeder wirtschaftlichen Entscheidung von einiger Bedeutung in Erscheinung tritt. Es wird angedeutet, daß die betriebliche Mitbestimmung, die nach dem Betriebsrätegesetz zwingend vorgeschrieben ist, in den verstaatlichten Unternehmungen durch Parteiabkommen weitgehend eingeschränkt wird.

Die Folgen einer solchen, an nichtwirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierten Unternehmungspolitik zeigen sich bei der betrieblichen Leistungserstellung, die im dritten Teil behandelt wird. Im Gegensatz zu privatwirtschaftlich geführten Unternehmungen, so erfahren wir, sei die Mobilität der Produktionsfaktoren besonders gering; die verstaatlichten Unternehmungen stünden somit „außerhalb“ oder „neben dem Markt“ und würden nicht Grenzproduzent werden. „da sie Kosten, Gewinn und Preise manipulieren können“ (S. 90).

Was die Preisbildung im besonderen anlangt, so ist man in der verstaatlichten Industrie darauf bedacht, die Preise auf niedrigem Niveau stabil zu halten, was zur Folge hat, daß den weiterverarbeitenden Inlandsbetrieben Rohstoffe und Halbfabrikate zu „Subventionspreisen“ geliefert werden. Die Wirkung einer solchen Preispolitik untersucht der Verfasser nun im einzelnen. Er zeigt auf, daß die struktur- und konjunkturpolitischen Ziele, die die Befürworter der Verstaatlichung mit Hilfe dieser niedrigen Festpreise verfolgen, auf diese Weise nicht erreicht werden können. Durch die eingeräumten Preisvorteile sollte die nachverarbeitende Industrie in die Lage versetzt werden, „ihre Wettbewerbsfähigkeit am In- und Auslandsmarkt zu festigen und zu erhöhen“ (S. 112). Die niedrigen Einstandspreise hatten aber zur Folge, daß dieser Bereich der Industrie infolge der vorherrschenden Käufermärkte bedeutende Gewinne erzielen konnte und keinem Zwang zur Produktivitätssteigerung ausgesetzt war: deshalb wird heute befürchtet, daß „die vorwiegend mittel- und kleinbetrieblich strukturierte österreichische Industrie zum Großteil nicht ‚integrationsreif‘“ (S. 113) ist. Auch in der Konjunkturpolitik wurde durch die stabilen Produktpreise der verstaatlichten Unternehmungen der angestrebte antizyklische Effekt nicht erreicht. Im Gegenteil, der Autor weist nach, daß im Aufschwung die überschießende Kaufkraft auf andere Märkte drängt, daß im Abschwung die zu geringe Kauf-

kraft von den anderen Märkten abgezogen wird und daß die Konjunkturschwankungen deshalb verstärkt werden.

Ein besonderes Problem bietet in der verstaatlichten Industrie die Deckung des Kapitalbedarfs. An Hand einiger Tabellen zeigt der Autor, daß die notwendigen Finanzierungsmittel zunächst in erster Linie durch Selbstfinanzierung aufgebracht wurden. In den letzten Jahren ist aber infolge rückläufiger Gewinne (im Jahre 1960 wiesen 12 Staatsbetriebe einen effektiven Verlust aus) eine allgemeine „Investitionsschwäche“ eingetreten. Der Zugang zum Kapitalmarkt ist den Staatsbetrieben vor allem aus ideologischen Gründen verwehrt. Es bleibt die Fremdfinanzierung in Form von staatlichen Darlehen oder der „Investitionsfonds“, der eine Art Finanzausgleich zwischen den verstaatlichten Unternehmungen bewirkt. Schließlich wird noch der recht problematische Versuch erörtert, eine Sanierung notleidender Staatsbetriebe durch Konzernierung mit gesunden Unternehmungen zu erreichen.

Im ganzen gesehen gibt der Verfasser einen aufschlußreichen Überblick über die Wirtschaftslage der verstaatlichten Industrie in Österreich. Man vermißt allerdings nähere Ausführungen über die politische und wirtschaftliche Konstellation, auf die die Verstaatlichungsmaßnahmen nach 1945 zurückgehen. Dafür hätte sich Smekal viele in jedem guten Lehrbuch zu findende theoretische Erörterungen schenken können. Außerdem hätte man gern mehr darüber erfahren, wie ernst die wirtschaftlichen Ziele der Verstaatlichung von den Befürwortern dieser Maßnahmen genommen werden. Einem Kenner der Materie, wie es der Verfasser zweifellos ist, wäre es doch sicher möglich gewesen, einiges darüber mitzuteilen, ob bzw. welche ideologischen Gründe neben den wirtschaftlichen Argumenten (von denen Smekal übrigens nur einige nennt) für die Verstaatlichung maßgebend waren und für die Unternehmungspolitik der verstaatlichten Industrie bis heute bestimmend sind.

Kurt Schmidt, Berlin

*Heinz Kolms*: Finanzwissenschaft. Bd. I Grundlegung, öffentliche Ausgaben 1959, 2. Aufl. 1963; Bd. II Erwerbseinkünfte, Gebühren und Beiträge, Allgemeine Steuerlehre 1960, 2. Aufl. 1964; Bd. III Besondere Steuerlehre 1962; Bd. IV Öffentlicher Kredit, Öffentlicher Haushalt, Finanzausgleich 1964. (Sammlung Göschen, Bd. 148, 391, 776 und 782/782<sup>a</sup>.) Berlin 1959—1964. 162, 150, 178 u. 191 S.

Mit dem Erscheinen des vierten Bändchens liegt die Kolmssche Finanzwissenschaft in der bekannten Sammlung Göschen nunmehr abgeschlossen vor; auf zusammen 681 Oktavseiten bewältigt sie den gesamten traditionellen Lehrstoff in einer zweckmäßigen, dem Charakter der Reihe angepaßten Einteilung in vier Einzelbänden und in einer Gliederung, die dem neuesten Stand der Diskussion Rechnung trägt. Das gilt vor allem für die „Grundlegung“, die fast die Hälfte des ersten Bändchens ausfüllt; nach dem „institutionellen Rahmen“ der Finanzwirtschaft behandelt sie die finanzpolitischen Systeme und die Zielsetzungen der Finanzpolitik, angefangen mit dem Neutralitäts-

postulat über Redistribution, Struktur- und Konjunkturpolitik bis zur „Fiscal Policy“ und ihrer institutionellen Problematik. Die Lehre von den öffentlichen Ausgaben ist nach ihren Wirkungen gegliedert; neben den „Beschäftigungswirkungen“ werden die Wirkungen der öffentlichen Ausgaben auf die Einkommensverteilung behandelt, wobei auch die wirtschaftspolitische Bedeutung des Vergabewesens kurz gestreift wird. Die Allgemeine Steuerlehre des zweiten Bändchens verzichtet, wie das Gesamtwerk auf eine Geschichte der öffentlichen Finanzen, auf die Geschichte der Besteuerung; auch die geschichtliche Entwicklung der Finanzwissenschaft selbst und insbesondere der Steuerlehre findet im wesentlichen nur bei den einzelnen Steuern im dritten Bändchen kurz Erwähnung, was aus didaktischen Gründen vielleicht zu bedauern, aus Raumgründen aber natürlich zu verstehen ist. Das gleiche gilt für die Vernachlässigung der Finanzpsychologie, wie sie inzwischen im In- und Ausland entwickelt worden ist; ohne Hinweis auf die „Signalwirkungen“ der Steuern, auf die verschiedene Steuermentalität der Völker und auf die Schwächen der finanzpolitischen Meinungs- und Willensbildung bleibt die Darstellung der Besteuerung eine trockene, mehr dem Rechtspositivismus und der „Absicht des Gesetzgebers“ als der lebendigen finanzpolitischen Wirklichkeit verhaftete Materie.

Demgegenüber weist das vierte Bändchen wieder die Vorzüge der beiden ersten auf. insbesondere hinsichtlich der aus der Sache abgeleiteten, tiefen Durchgliederung des Stoffes; fast jede Seite zeigt Zwischenüberschriften und Gliederungstitel mit nützlichen Unterscheidungen und Abgrenzungen. Die etwas gewaltsame Unterbringung der Lehre vom öffentlichen Haushalt am Ende statt am Anfang des Ganzen wird dadurch gerechtfertigt, daß in diesem Schlußkapitel — es folgt nur noch der Abschnitt über den Finanzausgleich — noch einmal die Gesamtproblematik „Staatshaushalt und Wirtschaftskreislauf“ aufgerollt wird; die Formulierungen zur Fiscal Policy stammen aus der Feder eines Mitarbeiters (H. *Bydekarken*), ebenso das sehr ausführliche Literaturverzeichnis.

Das Dilemma jeder derartigen Kurzfassung eines ganzen Fachgebietes ist es, daß dem Leser und Benutzer mehr offenbleibende Fragen als durchdiskutierte Antworten geboten werden müssen, soll die Darstellung nicht auf das Niveau eines bloßen Repetitoriums absinken. Diese Gefahr hat der Verfasser gesehen und mit Geschick vermieden; dadurch bleibt es andererseits nicht selten bei allgemein gehaltenen Andeutungen und nützlichen, aber etwas enttäuschenden Hinweisen darauf, wo die eigentlichen Probleme liegen, die den Studierenden beschäftigen sollen. Auch die eigene Stellungnahme des Verfassers fällt dieser Beschränkung gelegentlich zum Opfer; nicht zufällig schließt der Abschnitt der „Grundlegung“, der die Problematik der Fiskalpolitik behandelt, mit einem Fragezeichen. Diesem von der äußeren Form her unvermeidlichen Mangel steht der große Vorzug gegenüber, mit den handlichen Bändchen weitere Kreise von Lesern und Benutzern zu erfassen, als sich an die größeren Lehrbücher



heranzuwagen pflegen; als appetitanregende Vorspeise zu den schwerer verdaulichen Hauptgerichten der Finanzwissenschaft kann die Kolmssche Finanzwissenschaft mit gutem Gewissen empfohlen werden.

Günter Schmölders, Köln

*Heinrich H. Jonas*: Investitionsrechnung. Berlin 1964. Verlag Walter de Gruyter & Co. 153 S.

Betriebswirtschaftliche Werke über das Gebiet der Investitionen, insbesondere über Investitionsrechnungen, sind in den letzten Jahren in verhältnismäßig großer Zahl erschienen. Gegenüber der Mehrheit dieser Veröffentlichungen zeichnet sich das hier zu rezensierende Werk dadurch aus, daß nicht nur methodische Probleme erörtert werden, sondern daß auch konkret gezeigt wird, wie man die Daten in praxi gewinnen kann bzw. ermitteln sollte, die für die Durchführung einer Investitionsrechnung benötigt werden. Damit fällt die Arbeit in einem sehr positiven Sinne aus dem Rahmen. Bei Jonas sind die Daten nicht einfach gegeben. Er „zaubert“ nicht, sondern er zeigt, wie man zu brauchbaren Daten kommen kann.

Am Anfang stellt Jonas die Reihenfolge der Überlegungen dar, die zweckmäßig ist, wenn man eine rationale Investitionsentscheidung beabsichtigt. Der Verfasser zeigt in diesem Zusammenhang, daß die Investitionsrechnung nicht immer benötigt wird und daß sie im Regelfall, in dem sie erforderlich ist, nicht oder doch meistens nicht die einzige Entscheidungsgrundlage sein kann oder jedenfalls sein sollte. Jonas beschränkt sich dann — dem Titel der Arbeit entsprechend — auf die Darstellung der Probleme der Investitionsrechnung. Wenn das Buch eingangs als eines der wenigen, in mancher Hinsicht sogar als das einzig bisher erschienene gekennzeichnet wurde, das sich mit den Problemen der praktischen Durchführung von Investitionsrechnungen befaßt, so ist es dennoch — in einem positiv gemeinten Sinne — als „theoretisches“ Werk anzusehen. Jonas scheut sich nicht, sehr heiße Eisen anzupacken, so daß auch den Theoretikern viel Diskussionsstoff geliefert wird. Er empfiehlt z. B., nicht die übliche Zinseszins- oder Rentenrechnung zu verwenden, sondern von einer stetigen Verzinsung auszugehen, weil in Unternehmungen praktisch immer die Möglichkeit der sofortigen Wiederanlage von Einnahmen vorhanden sei. Diese These ist sicher einer ernsthaften Überprüfung wert. Dabei sollte man allerdings sehr kritisch an die Frage herangehen. Es lassen sich nämlich auch sehr überzeugende entgegengesetzte Argumente vortragen. So hat der Verfasser eines anderen bekannten Werkes über Investitionen, der seit vielen Jahren hauptberuflich in der Praxis arbeitet und zur Zeit Geschäftsführer einer Gesellschaft eines bekannten Konzerns ist, dem Rezensenten vor einiger Zeit die folgenden Gedanken vorgetragen: Man sollte mit weniger als mit Zinseszinsen rechnen, denn in praxi seien bei der Wiederanlage immer oder doch sehr häufig auch in Betrieben Verzögerungen zu verzeichnen. Dies gelte keinesfalls nur, wenn die Anlage in Wertpapieren erfolgen soll. Vielmehr sei es doch so, daß sich die Einnah-

men zunächst teils unverzinslich in Gestalt von Forderungen, teils nur geringfügig verzinst auf Bankkonten niederschlagen. Sicherlich ist dieses Argument, gerade auch vom praktischen Standpunkt aus, sehr ernst zu nehmen. Wahrscheinlich sieht es so aus, daß zum Teil die von Jonas unterstellte Situation gegeben ist, zum Teil die von dem anderen Verfasser geschilderten Gegebenheiten vorliegen. Sollte dem so sein, so wäre das traditionelle Vorgehen im Durchschnitt die beste Lösung!

Interessant ist, daß Jonas, wie es der Rezensent schon an anderen Stellen getan hat, der weit verbreiteten Meinung entgegentritt, daß erfolgssteuerliche Überlegungen in Investitionsrechnungen regelmäßig detailliert berücksichtigt werden sollten. Nachdem *Gutenberg* (vgl. „Untersuchungen über die Investitionsentscheidungen industrieller Unternehmungen“, Köln und Opladen 1959) Material darüber zusammengetragen hat, nimmt nun ein in der Praxis hauptberuflich tätiger Wissenschaftler in gleichem Sinne Stellung.

Es ist in diesem Rahmen selbstverständlich nicht möglich, sich mit allen wichtigen Problemen auseinanderzusetzen, zu denen sich Jonas geäußert hat. Stattdessen bleibt nur die Feststellung zu treffen, daß die Arbeit für die Wirtschaftspraxis — nach Ansicht des Rezensenten — das beste Werk darstellt, das bisher in deutscher Sprache über Probleme der Investitionsrechnungen erschienen ist. Wenn man die Betriebswirtschaftslehre als eine angewandte Wissenschaft betrachtet, ist es auch als das wissenschaftlich beste Werk über Investitionsrechnungen innerhalb der deutschsprachigen Literatur zu bezeichnen.

Wenn man auch in verschiedener Hinsicht anderer Ansicht sein kann als Jonas (worauf hier leider nicht im einzelnen eingegangen werden kann), so kann doch negativ nur kritisiert werden, daß der Verfasser das Literaturverzeichnis hätte etwas ausführlicher gestalten sollen. Diese Feststellung gilt auch, wenn man die Zielsetzung des Verfassers, hauptsächlich Praktikern helfen zu wollen, beachtet. Es gehören ja nicht alle Arbeiten, die in den letzten Jahren über Investitionsprobleme erschienen sind, zu jener Gruppe von Veröffentlichungen, über die Jonas — unter Bezugnahme auf *Moxter* — zutreffend im Vorwort schreibt, daß sie sich selbst mit den Prämissen, von denen sie ausgehen, die Probleme schaffen, die ihren Modellen und Lösungssystemen entsprechen. Auch sind nicht alle Arbeiten, die bei Jonas im Literaturverzeichnis fehlen, so „schwach“, um ignoriert werden zu können. Vielmehr wurden einige Probleme durchaus in ähnlicher Richtung verfolgt, wie es in der hier rezensierten Arbeit geschieht.

Dem Werk ist eine sehr weite Verbreitung sowohl in der Wirtschaftspraxis als auch im Kreise der Studierenden der Wirtschaftswissenschaften zu wünschen. Es ist geeignet, zu zeigen, daß unter den jüngeren betriebswirtschaftlichen Autoren keineswegs die *l'art-pour-l'art*-Einstellung allein verbreitet oder auch nur herrschend ist, wie es beim Lesen einiger anderer Arbeiten über Investitionsprobleme scheinen könnte.

Horst Schwarz, Berlin